VHP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
27. Jahrgang · Heft 5 · Oktober 1991

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Titelbild:
Quo vadis – Hochbau? (Foto „Fassade der Zentralvermittlungsstelle Berlin, Winterfeldtstraße")

„Zur Lage" 3

Paul Burkhart
„Das Machtwort des Schiedsrichters"

Franz Josef Otte
„Eine ungewisse Zukunft des Berufsbeamtentums bei der DBP?" 5

Rolf Gröber
„VHP-Bundesvorstand im Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Wilhelm Rawe" 6

Klaus Lieberknecht
„Quo vadis Hochbau?" 8

Leserbriefe 10

Mitgliederverzeichnis Bundesvorstand und Vorstände der Bezirksvereine 10

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 10 60 01, 7000 Stuttgart 10.
Redaktion: Michael Herzog (verantwortlich); Klaus Lieberknecht; Dirk Staben.
Anzeigenverwaltung: Klaus Lieberknecht.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon Herzog (0 40) 36 19 32 10, Lieberknecht 63 88 44 60, Staben 63 88 33 36.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

ZUR LAGE

Paul Burkhart

Das Machtwort des Schiedsrichters

So haben wir uns die Postreform eigentlich nicht vorgestellt: Der Bund kassiert, der Regulierer diktiert und das Postunternehmen TELEKOM wird geschröpft. Was zur Stunde besorgt machen muß, ist ja wohl die Tatsache, daß es anhaltend vielfältige Bemühungen gibt, die Kasse von Telekom artfremd zu strapazieren.
Nicht genug damit, daß der Telekom trotz zu erbringender Rekordinvestitionen eine Zwei-Milliarden-Sonderabgabe abverlangt wurde; nun hat auch Mannesmann-Mobilfunk über den Postminister eine drastische Senkung der Mietleitungskosten erzwungen.
Hinzu kommt eine beginnende Erosion ausgerechnet des Telefonmonopols, der einzigen sprudelnden, aber für alle Postunternehmen lebensnotwendigen Geldquelle. Im März nämlich gab der Regulierer den Telefonverkehr über Satellit zwischen alten und neuen Bundesländern auch für private Betreiber frei.

Weitere Ausnahmeregelungen – etwa das Recht für Bahn und Stromkonzerne, ebenfalls für Dritte den Telefondienst zu managen – werden schon unverhohlen diskutiert.
Um ja nicht mißverstanden zu werden: der Regulierer *muß* den Wettbewerb fördern. Aber er sollte sich darauf konzentrieren, den Wettbewerb *auf* einem und nicht *mit* einem funktionierenden Telekommunikationsnetz zu fördern.

Schließlich brauchen wir unser Monopol nicht als sanftes Ruhekissen, wohl aber um die eigenen Verpflichtungen im Rahmen der Infrastruktur und Daseinsvorsorge, insbesondere in den neuen Bundesländern, aber auch gegenüber dem Finanzminister und den Schwesterunternehmen einlösen zu können.
Konflikte mit dem Regulierer sind sicherlich kein Jahrhundertereignis. Schließlich werden solcherlei Meinungsverschiedenheiten überall in der Welt ausgetragen.
Die Telekommunikationswelt rund um den Globus ist nun einmal eine regulierte. Und es mag auch tröstlich sein, daß überall in der Welt der „Oldplayer" im Markt häufig „asymmetrisch" behandelt wird, um Wettbewerb zu erzeugen (Vorstandsvorsitzender Telekom).
Dennoch ist Anlaß zu Sorge gegeben:

Auseinandersetzungen mit dem Regulierer führen nur allzu leicht dazu, daß unsere noch jungen Postunternehmen auf ihrem Weg zu akzeptierten, kundenorientierten Unternehmen in der Öffentlichkeit in eine falsche Optik geraten und zu Erzmonopolisten gestempelt werden.
Die Ursache dafür liegt wohl auch darin, daß hierzulande manch einer Politik und Unternehmen immer noch nicht so richtig auseinanderhalten kann. Einige scheinen vergessen zu haben, was mit der Neuordnung der Post eigentlich bezweckt werden sollten.

Tag der Offenbarung

Quo vadis, Telekom? Nun hat auch der Vorstand der Bundespost Telekom seine Zurückhaltung aufgegeben und der Öffentlichkeit reinen Wein über die finanziellen Perspektiven des Unternehmens eingeschenkt.
In einem vorzeitig bekannt gewordenen Papier hat er im Klartext dargestellt, wohin die Reise gehen wird, wenn der Bund sein stolzes Unternehmen weiterhin als Goldesel mißbraucht, ihm Möglichkeiten zu substantiellen Preiserhöhungen verbaut und statt dessen noch zusätzliche Anforderungen stellt (so die Süddeutsche Zeitung).
Man darf deshalb gespannt sein, welche Konsequenzen Finanz- und Postminister ziehen werden. Es geht um das Wohl aller drei Postunternehmen. Kommt es zu einer zweiten Postreform?

Reform der Reform

Der Vorstandsvorsitzende von TELEKOM hat wohl den Nagel auf den Kopf getroffen und den Königsweg aufgezeigt:
„Ich überreiche das Monopol auf einem silbernen Tablett, wenn man mir im Gegenzug die unternehmerischen Freiheiten, die eine Aktiengesellschaft besitzt, einräumt" (Manager Magazin).
Gleiches mag auch der Postminister gedacht haben, als er im Juli diesen Jahres laut über die Umwandlung der Postunternehmen in private Aktiengesellschaften nachdachte. Auch die Fesseln des öffentlichen Dienstrechts müßten gesprengt werden, meinte der Minister. Seit jenem Interview in der „Wirtschaftswoche" reißt die Flut von Stellungnahmen und Publikationen nicht mehr ab. Es mehren sich die Stimmen, die meinen, nach der „Poststrukturreform" müsse eine „Reform der Reform" folgen.

Ganz ungewöhnliche Koalitionen sind zu registrieren. Über die Parteigrenzen hinweg spricht man über eine mögliche Änderung des Artikels 87 des Grundgesetzes, der die Post als bundesunmittelbare Verwaltung festschreibt. Eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag scheint jetzt wider Erwarten in den Bereich des Möglichen zu rücken.
So sensationell, wie es auf den ersten Blick erscheint, ist diese Entwicklung indessen nicht. Die Diskussion, ob die jungen Posttöchter im Wettbewerb auch tatsächlich bestehen können, war eigentlich nie ganz verstummt, überraschend ist allerdings die Eigendynamik, die die Problematik inzwischen entwickelt hat.
Sicherlich haben indessen die Wiedervereinigung und die dramatische Veränderung der finanziellen Lage der Telekom die Privatisierungs-Diskussion beflügelt.
Hinzu kommt, daß auch die Postunternehmen „Postdienst" und „Postbank" mit dem Status quo nicht zufrieden sein können.

Der Postdienst sträubt sich gegen eine Formulierung in den „Politischen Zielvorgaben" des Postministers, die dem Unternehmen von 1996 an einen Gewinn vorschreiben. Das könne zu diesem Zeitpunkt nur in den alten Bundesländern erzielt werden; in den neuen Ländern hingegen seien für die Zukunft weiterhin hohe Verluste zu erwarten.
Die Manager von Postbank weisen darauf hin, daß ihr Unternehmen — weil voll im Wettbewerb stehend — nur eingeschränkt zu einem flächendekkenden Infrastrukturauftrag gezwungen werden könne. Der lasse sich nur durchsetzen, wenn die Schwesterunternehmen die Kosten dafür aus ihren Monopolerträgen decken würden. Im übrigen sei das flächendekkende Angebot von Postbankdiensten gar nicht so zwingend erforderlich, denn nur fünf Prozent der Transaktionen im Geschäftsbereich der Postbank würden über Schalter abgewickelt.
So ist nicht auszuschließen, daß Postbank einen Rückzug aus vielen Postämtern anstrebt (Handelsblatt).
Wie es nun aber um die Zukunft aller Postunternehmen tatsächlich bestellt sein wird, das steht derzeit noch in Sternen.
Die Führungskräfte der Bundespost verschließen sich indessen keiner Diskussion über die Zukunft ihrer Unternehmen.
Schließlich bewegen sich alle drei Postunternehmen in einem der modernsten Märkte des ausklingenden Industriezeitalters: der Kommunikation.
Geburtsfehler der jungen Postunternehmen bedürfen deshalb dringend der Korrektur, ob man will oder nicht.
Vor blindem Reformeifer ist indessen dringend zu warnen.
Den Beamtenstatus bei der Post abschaffen zu wollen, bringt noch lange nicht die Wende zur wirklichen unternehmerischen Freiheit. Die heutigen Strukturen unserer Postunternehmen, ihre Mitarbeiter, ihre Führungskräfte, sie alle haben gerade in den zurückliegenden zwei Jahren Großartiges geleistet, sie waren Garanten eines meßbaren, spektakulären Erfolges in den neuen Bundesländern.
Die Postler haben dokumentiert, daß „Beamte" auch Riesenbelastungen durchstehen können, daß sie ohne Lamento und mit flexiblem Verhalten eine Jahrhundertaufgabe bewältigen können.
Unzweifelhaft sind die „Postbeamten" seit der Strukturreform noch besser geworden. Sie haben seit dem 09. November 1991 in Ost und West einen „verdammt guten Job gemacht" (Vorstandsvorsitzender Telekom).
Was geleistet wurde, hat aber auch dem Selbstbewußtsein unserer Postler und natürlich auch dem ihrer Führungskräfte einen „drive" gegeben, wobei Selbstvertrauen nicht mit Arroganz verwechselt werden darf (Vorstandsvorsitzender Telekom).

Aus alledem folgt: Wer die Postunternehmen wirklich von den sichtbar gewordenen Fesseln befreien will, wer die Kompetenzen der Unternehmen bestimmen will, damit sie auch tatsächlich ihren privaten Konkurrenten Paroli bieten können, der muß sich schon mehr einfallen lassen, als nach der „beamtenlosen Post" zu rufen. Die Beamtenfrage darf allenfalls in ein viel umfassenderes, aber dafür wirklichen Erfolg verheißendes Konzept eingebunden werden.

Vielleicht weist der Vorschlag — so revolutionär er auch sein mag — den Postunternehmen die Chance zu eröffnen, Aktiengesellschaften zu werden, in die richtige Richtung, zumal dies eine beträchtliche Kapitalerhöhung für die Unternehmen bedeuten würde.
Aber das ist kein Thema, das mit blindem Eifer und mit Schnellschuß angegangen werden kann.
Insbesondere darf das Vertrauen in Recht und Gesetz nicht in Frage gestellt werden. Niemand, auch nicht die Regierung, wird einen einzigen Beamten zwingen können, seinen Status aufzugeben. Bestandsschutz muß selbstverständlich sein. Ein klares Wort in dieser Richtung wäre sicherlich hilfreich.
Wie auch immer die weitere Reformdiskussion verlaufen wird, es kann und darf nur darum gehen, den im öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis Stehenden eine Änderung ihrer „Arbeitsverträge" *anzubieten*. Je besser, fairer und leistungsgerechter die angebotenen Konditionen sein mögen, um so größer mag die Wahrscheinlichkeit sein, daß viele das Angebot annehmen.

Nicht durch das Tal des Schweigens

Die Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost wird die Diskussion um die Zukunft unserer Postunternehmen mit heißem Herzen und mit kühlem Verstand begleiten. Sie wird keinesfalls den Weg durch das Tal des Schweigens wählen.
Die VHP wird auch nicht mürrisch am Zaun ihrer Kompetenzen verharren und ärgerlich zusehen, wenn sich jenseits dieses Zaunes die Dinge nicht nach ihren Vorstellungen entwickeln. Sie wird bemüht bleiben, über diesen Zaun zur gegebenen Zeit mit konstruktiver und aufrüttelnder, manchmal auch etwas unbequemer, aber auf jeden Fall sachlicher Kritik zu steigen.
Die VHP erwartet zugleich, daß Eigentümer wie Vorstände ihren Führungskräften die Information über weiteres Vorhaben und Vorgehen nicht vorenthalten und den Dialog mit ihren höheren Beamten auch fortan in bewährter Weise pflegen. Schließlich sind solche Informationen auch unverzichtbare Investitionen der Unternehmen in ihr Humankapital. Und letztendlich wird der Erfolg jedweder Reform immer vom Engagement der gesamten Führungsmannschaft abhängen; ihr muß Leistung Spaß machen, Motivation ist unentbehrlich.
Paul Burkhart

UNGEWISSE ZUKUNFT DES BERUFSBEAMTENTUMS BEI DER DBP?

Franz-Josef Otte

Im Sommer 1991 werden in den Medien zahlreiche „heiße Themen" behandelt. Man darf gewiß nicht alle derartigen Publikationen mit dem Bemerken „Sommertheater" abtun, obgleich manche Zitate und Kommentare als grotesk oder gar absurd erscheinen. Zu den ernst zu nehmenden und auch unsere VHP berührenden Themen gehört auf jeden Fall die Diskussion um die Zukunft des Berufsbeamtentums bei Bahn und Post.

Zunächst ist klarzustellen, daß es – jedenfalls den sachkundigen, seriösen Politikern, Wirtschaftsführern und Journalisten – nicht um die Abschaffung des Berufsbeamtentums in Deutschland schlechthin und zu diesem Zweck um eine Änderung des Art. 33 Grundgesetz (GG) geht, sondern um eine Änderung des Art. 87 GG, wonach u. a. das Post- und Fernmeldewesen als Bundesverwaltung mit eigenem Verwaltungsunterbau zu organisieren ist. Es wird gegenwärtig überlegt und diskutiert, die Aufbauorganisation der Deutschen Bundespost zu ändern und in einer zweiten Stufe der Poststrukturreform den durch das Poststrukturgesetz 1989 geschaffenen drei Unternehmen der DBP neue, den Strukturen und Praktiken privater Wirtschaftsunternehmen weitestgehend angeglichene Organisationsformen und Handlungsfreiheiten zu geben. In diesem Zusammenhang und vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Diskussion um die Zukunft des Berufsbeamtentums bei den drei Unternehmen der DBP zu sehen.

Von denjenigen, die die Abschaffung des Berufsbeamtentums bei den genannten drei Unternehmen befürworten oder betreiben, werden zahlreiche Argumente ins Feld geführt. Der Rahmen dieses Artikels läßt allerdings nur eine kurze Darstellung der Hauptargumente zu. Es wird in erster Linie geltend gemacht:

- In nahezu allen Teilen der Bevölkerung seien Vorurteile, Aversionen und Vorbehalte gegen Beamte weit verbreitet. Daher seien Beamte für ein Unternehmen im Wettbewerb von vornherein hinderlich.
- Das Beamtenverhältnis (mit seiner Bindung an den einmal erlangten „Status" und mit seinem Alimentationsprinzip) ermögliche nicht genügend leistungsorientierte Flexibilität.
- In der Verwaltungsrechtslehre, in der der Begriff der im Rahmen der Daseinsvorsorge dem Staat vorbehaltenen öffentlichen Aufgaben nicht mehr so weitgehend interpretiert werde wie früher, ordne die herrschende Meinung nur noch die sog. Monopolaufgaben der DBP dem Staat als öffentliche Aufgaben zu.
- Nachdem inzwischen – abgesehen von den sog. Monopolbereichen – sämtliche Rechtsverhältnisse zum Kunden auf der Basis von Allgemeinen Geschäftsbedingungen privatrechtlicher Natur seien, gebe es keinen hinreichenden Grund mehr für eine Beibehaltung des Berufsbeamtentums bei den drei Unternehmen der DBP.
- Die Europäische Gemeinschaft stelle ab 01. 01. 1993 das Berufsbeamtentum bei den Unternehmen der DBP ohnehin in Frage.
- Die Entwicklung in den fünf neuen Bundesländern, in denen zigtausend für eine Weiterbeschäftigung in einem der drei Unternehmen vorgesehene Frauen und Männer an einer alsbaldigen Übernahme in das Beamtenverhältnis interessiert seien, erfordere eine rasche Klärung der Frage nach der Zukunft des Berufsbeamtentums bei den Unternehmen der DBP.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß die in Rede stehende Änderung des Art. 87 GG im Deutschen Bundestag die für Verfassungsänderungen vorgeschriebene 2/3-Mehrheit und auch die Zustimmung des Bundesrates finden wird, so daß damit die verfassungsrechtliche Grundlage für eine Änderung des Poststrukturgesetzes geschaffen werden wird, die die Rechtsform der drei Postunternehmen novelliert und eine Abkehr vom Berufsbeamtentum bei diesen Unternehmen ermöglicht. Die VHP kann derartige politische Strömungen und Entwicklungen kaum beeinflussen. Sie wird aber nicht müde werden, in der Diskussion um die Frage nach der Zukunft des Berufsbeamtentums bei den drei Unternehmen der DBP warnend und mahnend, zugleich aber auch mit konstruktiven Vorschlägen ihre Stimme zu erheben.

Das z. Zt. bei der DBP geltende Tarifrecht und die darauf basierenden Beschäftigungsverhältnisse können aus mancherlei Gründen nicht als adäquater Ersatz für das Berufsbeamtentum bei den drei Unternehmen der DBP akzeptiert werden. Es macht aber keinen Sinn, ein Institut wie das Berufsbeamtentum, das sich bei der Deutschen Bundespost auch in schwierigen und krisenhaften Zeiten bewährt hat, das aber, nachdem sich verschiedene Randbedingungen geändert haben, in die Schußlinie zahlreicher Kritiker geraten ist, (voreilig) aufzugeben, solange ein angemessenes aliud noch nicht vorhanden ist.

Franz-Josef Otte
stv. Bundesvorsitzender der VHP

VHP-BUNDEVORSTAND IM GESPRÄCH

Rolf Gröber

VHP-Bundesvorstand im Gespräch . . . mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Wilhelm Rawe

Am 22. 08. 91 waren die Kollegen Burkhart und Gröber beim Parlamentarischen Staatssekretär Rawe im BPMT in Bonn. Inhaltlich ging es bei dem ca. 90minütigen Meinungsaustausch um die jüngsten Äußerungen des Ministers zum Berufsbeamtentum bei den Unternehmen der DBP und um den aktuellen Stand des Reformprozesses.

Rawe stellte klar, daß es dem Minister nicht darum gehe, das Berufsbeamtentum als solches abzuschaffen. Es gehe vielmehr darum, innerhalb der Unternehmen auszuloten, welche Funktionen künftig noch von Beamten wahrgenommen werden müßten. Der Anstoß für diese Überlegungen sei nicht vom Minister ausgegangen, sondern entspreche einer Forderung der drei Unternehmensvorstände, denen das tradierte Beamtenrecht für im Wettbewerb stehende Unternehmen keine ausreichende Flexibilität in Fragen der Personalpolitik biete.

In diesem Zusammenhang verwies Rawe auf eine Absprache zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bundesbahn, Heinz Dürr und dem Bundeskanzler. Nach dieser Vereinbarung soll Art. 87 des Grundgesetzes inhaltlich so modifiziert werden, daß die Verwaltung der Bahn durch einfaches Bundesgesetz geregelt werden könne. Für den Fall, daß eine dahingehende Verfassungsänderung keine Mehrheit finde, wolle Dürr vom Vorstandsvorsitz der Bahn zurücktreten.
Sollte Art. 87 GG in diesem Sinn diskutiert werden und in Bewegung geraten, dann werde man auch über die künftige Rechtsform der Postunternehmen nachdenken müssen. In diesem Fall hält Rawe auch eine vollständige Trennung der Unternehmen der DBP auf der OPD-Ebene, wie sie von den Vorständen schon heute favorisiert werde, für unumgänglich.
Als bemerkenswert bezeichnete Rawe die Separationsbestrebungen zwischen den Unternehmen. Zwar sei der Keimling insbesondere auf der Seite des Fernmeldewesens schon lange Zeit vor der Reform feststellbar gewesen. Überraschend sei jedoch das rasante Tempo und die Eigendynamik, die im Zuge der Strukturreform eingesetzt habe. Als bedauerlich bezeichnete er insbesondere die schwindende personelle Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Unternehmensbereichen, die mit der Einrichtung eigenständiger Personalvertretungen, bei den drei Unternehmen noch verstärkt worden sei. Hinzu komme, daß die Kollegen des Postdienstes ein neues, positives Selbstwertgefühl erfahren haben. Während sie sich früher wegen der jahrelang praktizierten Quersubventionierung als die Kostgänger des Fernmeldewesens empfunden hätten, seien sie jetzt dabei, sich auf ihre eigene Leistungsfähigkeit zu besinnen und er, Rawe, habe keinen Zweifel daran, daß der Postdienst bis 1996 schwarze Zahlen schreibe.
Anmerkung:
Wenn das Ministerium laut Rawe nur dem Drängen der Vorstände nachgibt, dann kann man nur darüber erstaunt sein, wie schnell und konsequent sich das Ministerium anschickt, den „Wünschen der Vorstände" nach einer Abkehr vom Beamtentum zu entsprechen. Wer die Diskussion um die Strukturreform der Deutschen Bundespost verfolgt hat, der gewinnt eher den Eindruck, daß jetzt die zweite Phase der Postreform begonnen hat. Nach der grundsätzlichen Trennung der drei Postunternehmen soll jetzt die Rechtsform der Unternehmen und der Beschäftigungsverhältnisse ihrer Mitarbeiter geändert werden, was in der ersten Phase politisch nicht realisierbar war. Jetzt scheint die Zeit reif dafür zu sein. Die politischen Mehrheiten scheinen sich in dieser Frage neu zu formieren.
Wer die Entwicklungen der letzten Jahre verfolgt hat, ist zumindest erstaunt, wenn es vor wenigen Wochen noch hieß, das Beamtentum nur bei Telekom müsse zugunsten privatrechtlicher Beschäftigungsverhältnisse reduziert werden. Nicht minder verwundert, wenn der Parlamentarische Staatssekretär den Eindruck erweckt, es gehe lediglich darum, innerhalb der Postunternehmen das Berufsbeamtentum auf hoheitliche Funktionen zu beschränken. Ist mit der Poststrukturreform nicht gerade die Trennung von Hoheit und Betrieb bezweckt worden? Und wenn dieses Reformziel erreicht wurde, dann ist es heute müßig, in einem zweiten Durchgang noch einmal abzuklopfen, welche Funktionen möglicherweise hoheitlicher Natur sind. Die Beamten der Postunternehmen tun gut daran sich darauf einzustellen, daß das Beamtenverhältnis künftig nicht mehr das Regelbeschäftigungsverhältnis bei der DBP sein wird.
Im Interesse der Postunternehmen und ihrer Mitarbeiter ist zu wünschen, daß die politisch Verantwortlichen möglichst bald die Karten auf den Tisch legen und durch die in Gang gekommene von politischer Zurückhaltung und Rücksichtnahme gekennzeichnete Diskussion der Eindruck nicht vertieft wird, daß jetzt die Reform der Reformen bevorsteht, während tatsächlich die zweite Phase der Postreform beginnt. Das in den letzten beiden Jahren Geleistete, insbesondere auch vor dem Hintergrund der Wiedervereinigung Deutschlands, verdient Anerkennung. Diese Leistungen sollte man jetzt nicht der Gefahr aussetzen, als Grund für eine Reform der Reform fehlinterpretiert zu werden.

. . . mit dem Vorstand der DBP-Postbank

Zu Gast beim Vorstand der GD-Postbank waren die Kollegen Burkhart, Otto, Bell und Gröber am 26. 08. 91. Der Vorstandsvorsitzende der DBP-Postbank, Herr Dr. Schneider und

Herr Zurhorst, Mitglied im Vorstand der Postbank, standen den Kollegen Rede und Antwort zu aktuellen Entwicklungen und Problemen der Postbankdienste.
Die Postbank begrüßt die Überlegungen des Ministers, die Unternehmen der DBP zu privatisieren. Eine dahingehende Verfassungsänderung würde nach Auffassung unserer Gesprächspartner nicht nur eine Flexibilisierung der Personalpolitik bedeuten, sondern auch die rechtlichen Beschränkungen, denen die Postbank aus Gründen des Verfassungsrechts heute noch unterliegt, hinfällig machen.

Die Präsenz in der Fläche sei für die Postbank kein Dogma; fraglich sei nur, ob dies auch bezahlbar sei. Die Postbank könne nur bezahlen, was sie im Wettbewerb erwirtschafte. Aus diesem Grund werde Postbankberatung nicht überall dargestellt werden können. Eine Unternehmensstrategie sei insoweit noch nicht in allen Einzelheiten existent, weil die Frage der Präsenz in der Fläche nicht ohne den Postdienst angegangen und die dortigen Vorstellungen noch nicht übersehen werden können. Auf keinen Fall sei es so, daß die Postbank den Infrastrukturauftrag des Postdienstes mitfinanzieren wolle.
Auf unsere Frage nach möglichen Überlegungen der Postbank zur Gründung einer „Mitarbeiterbank" und deren Auswirkungen auf die Post-Spar- und Darlehensvereine erhielten wir die Auskunft, daß die Postbank heute schon rechtlich in der Lage sei, Kammernangehörigen, also sämtlichen Beschäftigten der DBP, alle banküblichen Leistungen anzubieten, weil die verfassungsrechtlichen Beschränkungen nur im Verhalten zu Dritten gelten. Einen gezielten Zugriff auf die Sparvereine werde es nicht geben. Zurhorst plädierte aber dafür, die Sache leidenschaftslos anzugehen.
Hinsichtlich der Zukunft der Postgiroämter und der Zentralstelle Postbank in Darmstadt wird derzeit eine Studie erstellt, die frühestens im Januar 1992 vorliegen soll. Wir haben vereinbart, daß sich der Bundesvorstand zu gegebener Zeit über den Inhalt dieser Studie informiert.

. . . dem Vorstand der DBP Postdienst

Die Kollegen Burkhart, Dr. Bergemann, Freis und Gröber wurden am 13. September 1991 vom Vorstandsvorsitzenden der DBP-Postdienst, Herrn Dr. Klaus Zumwinkel, und dem für Personalangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglied Bender zu einem ca. 1,5stündigen Meinungsaustausch empfangen.
Der Bundesvorsitzende stellte klar, daß die VHP in der Vergangenheit immer loyal zur Unternehmensleitung gestanden und die Reform der Deutschen Bundespost wie kein anderer Berufsverband mitgetragen habe. Dieser Schulterschluß zwischen Unternehmensleitung und der Vereinigung der Führungskräfte setze jedoch voraus, daß die VHP rechtzeitig über aktuelle Überlegungen innerhalb der Vorstände informiert und gehört werde. Insoweit sei nach der Neustrukturierung der DBP eine Änderung im Umgang miteinander eingetreten. So sei die VHP weder im Vorfeld der Beschlußfassung über das neue Frachtkonzept informiert worden, noch sei das „Strategische Gesamtkonzept", das sogenannte McKinsey-Gutachten, den Führungskräften durch den Vorstand zugänglich gemacht worden. Zwar sei das umstrittene Papier zwischenzeitlich von anderer Seite breit gestreut worden. Den Führungskräften gehe es aber darum, wesentliche Informationen frühzeitig aus der Hand des Vorstandes zu erhalten.

Dr. Zumwinkel zeigte Verständnis für unser Anliegen und versprach für die Zukunft eine bessere Kommunikation zwischen dem Vorstand und der VHP. Daß eine breit angelegte Diskussion im Vorfeld der Beschlußfassung über das Frachtkonzept vermieden worden sei, habe seine Ursache darin, daß bereits im Wettbewerbsbereich „Fracht" eine Verunsicherung der Kunden habe vermieden werden müssen. Beim Brief- und Schalterkonzept lägen die Dinge anders, hier wolle man die Bestandsaufnahmen offenlegen. Mit einem neuen Briefkonzept, das mit Sicherheit eine Industrialisierung des Briefdienstes mit sich bringen werde, sei im Sommer, frühestens im Frühjahr 1992 zu rechnen. Das neue Postleitzahlensystem werde im Herbst dieses Jahres erwartet. Jetzt habe die Sicherung der Qualität im Briefdienst Vorrang, der mit seinen ca. 15.000 Transportrelationen sehr anfällig sei. Zufrieden zeigte sich Dr. Zumwinkel mit dem Ergebnis der Qualitätsoffensive im Briefdienst. Vor dem Hintergrund der Ausgangslage im Frühjahr dieses Jahres habe niemand zu glauben gewagt, daß bereits im Spätsommer der kritische „Verband der Postbenutzer" dem Briefdienst bescheinigen würde, in punkto Laufzeiten wieder auf dem gewohnt hohen Qualitätsstandard der letzten Jahre zu sein.

In diesem Zusammenhang hat uns der Vorstandsvorsitzende, seinen Dank an die Führungskräfte weiterzugeben, die den bundesweiten Erfolg der Qualitäts- und Großkundenoffensive erst ermöglicht hätten. Dank und Anerkennung fand Dr. Zumwinkel insbesondere für jene Kolleginnen und Kollegen, die sich im Lauf des letzten Jahres bereit erklärten, Funktionen in den neuen Bundesländern zu übernehmen. Die Bereitschaft, dort unter unbequemen und schwierigen Umständen am Aufbau des Postdienstes mitzuarbeiten, wolle der Vorstand beim beruflichen Fortkommen der betreffenden Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen. Auf den Einwand, daß auch die Kolleginnen und Kollegen Anerkennung verdienen, die in den alten Bundesländern eingesetzt sind und hier durch die Übernahme weiterer Funktionen die entstandenen Lükken schließen müssen, meinte Herr Bender, daß man künftig bei Bewerbungen um höherwertige Dienstpo-

VHP-BUNDE… IM GESPRÄ…

Rolf Gröber

sten unter den gleichermaßen geeigneten Bewerbern demjenigen den Vorzug geben wolle, der in den neuen Bundesländern eingesetzt war.

Überrascht zeigte sich Zumwinkel über den zu diesem Zeitpunkt unerwarteten Vorstoß des Minsters, das Berufsbeamtentum bei den Postunternehmen als Regelbeschäftigungsverhältnis abzuschaffen und den Postunternehmen eine andere Rechtsform zu geben. Gleichwohl begrüßte er die Überlegungen, weil das bestehende Berufsbeamtentum nicht hinreichend flexibel sei. Das Beamtenrecht erlaube insbesondere bei den oberen Führungskräften keine Bezahlung, wie sie in der freien Wirtschaft üblich sei. Das bundesweit geltende Bundesbesoldungsgesetz führe dazu, daß in Ballungsräumen zu wenig und auf dem Land zu viel bezahlt werde. Beschäftigungsverhältnisse auf der Grundlage des öffentlichen Dienstrechts ermöglichen insoweit auch ein marktgerechtes Lohnsystem.

Auf die Frage nach der Zukunft der Direktionen meinte Zumwinkel, daß es zunächst darum gehe, sachliche Konzepte zu entwickeln. Erst dann könne man die Frage der Organisation angehen. Der Vorstandsvorsitzende ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß es bei der Größe des Unternehmens auch künftig eine Mittelinstanz geben müsse. Möglicherweise werde sich aber die Aufgabenbeschreibung der künftigen Direktionen ändern. Denkbar sei auch, daß künftig nicht mehr alle Aufgaben bei jeder Direktion wahrgenommen werden, sondern daß bestimmte Aufgaben von einer Direktion auch für die benachbarten Direktionen erbracht werden.

Verschiedentlich war bei den Kollegen der Eindruck entstanden, daß Führungspositionen vorzugsweise mit Externen besetzt werden. Darauf angesprochen meinte der Vorstandsvorsitzende, daß Postkolleginnen und -kollegen bei der Besetzung höherwertiger Führungspositionen auf keinen Fall ausgeschlossen werden. Postfremde kommen nur dann zum Zug, wenn intern kein gleichwertiger Bewerber gefunden werde. Auf keinen Fall gebe es einen Vorstandsbeschluß, wonach Interne als Bewerber nicht in Frage kämen. Soweit derartiges in einer Absage mitgeteilt worden sei, entspreche dies nicht den Tatsachen. Das Gespräch, in dessen Verlauf der Vorstandsvorsitzende die Teilnahme mindestens eines Vorstandskollegen beim Delegiertentag 1992 in Freiburg zusagte, verlief in sachlicher, angenehmer Atmosphäre.

Rolf Gröber

Vergiß Leprakranke nicht!

DAHW

Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto: 9696

Postscheck Nürnberg (BLZ 760 100 85)

Städt. Spark. Würzburg (BLZ 790 500 00)

QUO VADIS H…

Bericht von der Arbeitstagung … leiter 25 in Hameln vom 9. bis … zur Neuorganisation des Hoch…

Die Tagung der Abteilungsleiter 25 in der Rattenfängerstadt Hameln (Nomen est omen?) begann gleich am ersten Tag mit einem Paukenschlag: Dr. Kröske, Finanzvorstandsmitglied V8, verkündete offiziell, was bereits seit geraumer Zeit als Gerücht an den Direktionen umlief:

Die Gründung einer Telekom-eigenen Baugesellschaft ist beschlossene Sache! Am 5. September hat der Aufsichtsrat dem Vorstandsbeschluß zugestimmt, die DeTeBau GmbH ins Leben zu rufen.

(Hinter dem Kürzel „DeTeBau GmbH" verbirgt sich die „Deutsche Telekom – Planungs- und Bauorganisations-Gesellschaft")

Anlaß für die Gründung ist, so Dr. Kröske, das gewaltige Bauprogramm in den neuen Bundesländern. Dieses Programm sei nur mit einer schlagkräftigen Organisation zu bewältigen, die in den neuen Bundesländern bisher nicht vorhanden sei.

Die DeTeBau soll als 100 %ige Tochter der Telekom zunächst für die östlichen Bundesländer tätig werden; allerdings ist auch daran gedacht, eine Niederlassung für die westlichen Bundesländer einzurichten, um hier den Spitzenbedarf des Bauprogramms aufzufangen.

Gespannt hörten nun die Tagungsteilnehmer, welche Aufgaben die GmbH zukünftig übernehmen soll:

1. Die GmbH soll wie ein freischaffendes Architektur-Büro eigenwirtschaftlich arbeiten! (Profit-Center)
2. Sie soll Bauaufgaben jeder Größenordnung im Auftrag der Telekom (oder externer Auftraggeber!) abwickeln!
3. Sie soll die Möglichkeit haben, einen großen Teil ihrer Aufträge mit eigenen Mitarbeitern zu planen und auszuführen. Bei Bedarf kann sie auch Dritte weiterbeauftragen!

Ebenso gespannt verfolgten die Teilnehmer die Ausführungen Dr. Kröskes zu den Motiven, die den Vorstand zur Gründung der GmbH veranlaßt haben:

OCHBAU?

er Abteilungs-
1. September
au

Klaus Lieberknecht

1. Der Hochbau muß wirtschaftlicher organisiert werden!
Der Hochbau soll dies selbst tun, bevor andere es tun.
2. Die Form der GmbH wurde gewählt, weil die Konkurrenz aus der Privatwirtschaft genauso organisiert ist!

3. Eine klare Trennung von Bauherrnaufgaben und Bauaufgaben ist dringend erforderlich im Sinne einer eindeutigen Ergebnisverantwortung!
Die DeTeBau wird den Geschäftsbereich 4 der Deutschen Postreklame übernehmen. Sie kann auch als Generalübernehmer auftreten; es ist z. Zt. nicht daran gedacht, daß die DeTeBau als Investor an die Telekom Objekte vermietet.

4. Die DeTeBau ist nicht mehr abhängig von Personalvorgaben (Stichwort „Personalhöchstzahl"), sie kann je nach Bedarf Personal einstellen.
Das Know-how der Telekom-Bauleute soll der GmbH gesichert werden; so sei daran gedacht, ca. 60 % des Personalbedarfs durch Interne, und den Rest durch Externe zu besetzen. Die Beschäftigung soll für alle GmbH-Mitarbeiter im Angestelltenverhältnis erfolgen.

Zur Zeit werden die beiden Geschäftsführer gesucht; die endgültige Organisationsform und die Zahl der Niederlassungen will man den neuen Geschäftsführern weitgehend überlassen; zunächst sei daran gedacht, je eine Niederlassung in Potsdam und Leipzig zu gründen sowie eine weitere in Bonn. Ab Mitte 1992 soll ca. 50 % des Bauprogramms Ost durch die GmbH erledigt werden.
Auch wenn die GmbH zunächst nur in den neuen Bundesländern arbeiten soll, betonte Dr. Kröske, daß sie mit eventuell notwendigen Modifizierungen später auch in den alten Ländern tätig werden soll. Er forderte die Tagungsteilnehmer zu einer aktiven Mitarbeit bei der Umsetzung dieses Vorstandsbeschlusses auf.

Mit der Einrichtung der GmbH werden weitere einschneidende Umstrukturierungen des Hochbaus einhergehen, wie Herr Schmaus, Vertreter des erkrankten Geschäftsbereichleiters 84, ankündigte.
Zu diesen Überlegungen wurde ein Zwischenbericht der Arbeitsgruppe OGGiB („Organisation Grundstücke u. Gebäude im Beitrittsgebiet") und der Gruppe „Hochbau/Techn. Gebäudeausrüstung" gegeben. Das endgültige Ergebnis soll im Frühjahr 1992 vorliegen. Die wichtigsten Zwischenergebnisse:
1. Verlagerung der eigentlichen Bautätigkeit auf die Amtsebene; eines der Modelle sieht die Einrichtung einer Abteilung GG vor. Dort soll die Bedarfsermittlung, Programmerstellung u. Steuerung, Erarbeitung von Projekthandbüchern und die Auftragserteilung an die DeTeBau oder andere Architekturbüros erfolgen.
(Hier wird sich ein großer Teil des Höheren Dienstes Ht/Pt wiederfinden, wer an seinem Beamtenstatus festhält!)
2. Bei den Direktionen verbleiben die Fachaufsicht, Lenkungs- und Koordinierungsaufgaben, Programmprüfungen und Bauvorhabengenehmigung > 10 Mio. DM Baukosten (als Vorschlag!)
3. Bei der GDT werden der Hochbau und die Techn. Gebäudeausrüstung im Rahmen der Programmgenehmigung, der fachlichen Vorgaben, der Grundsatzangelegenheiten und als Träger der Gesamtverantwortung gegenüber dem Vorstand vertreten sein.
Diese angedachten Strukturveränderungen werden ein Umdenken und Umorientieren aller Angehörigen der Bauabteilungen erforderlich machen. Noch läßt sich schwer abschätzen, ob sich die Situation für die Beschäftigten zum besseren oder zum schlechteren wenden wird. So waren die Stimmungen und Meinungen unter den Abteilungsleitern sehr kontrovers. Sicherlich ist der Versuch von Herrn Schmaus anerkennenswert, die Zukunftsaussichten auch für die Angehörigen des Höheren Dienstes im Sinne des Unternehmens sehr positiv darzustellen; so hob er insbesondere die erweiterten Karrierechancen hervor, da der Einsatz zukünftig in 3 Organisationseinheiten (Direktion, Amt, GmbH) statt wie bisher nur auf der Direktionsebene möglich sei; auch die Möglichkeit, sich in der GDT zu verwirklichen, sollte erwähnt werden. Außerdem könne in der GmbH wieder selbst gebaut werden, ein weiterer Vorteil für den engagierten Architekten!
Festzuhalten ist, daß die Kollegen in den neuen Bundesländern die „Testpiloten" sein werden. Das heißt aber nicht, daß wir im Westen in Ruhe die Serienreife des neuen Modells abwarten; als ein sehr bedeutsames Ergebnis dieser Abteilungsleitertagung ist zu werten, daß die Runde der Abteilungsleiter die Aufforderung von Dr. Kröske, bei der weiteren Ausgestaltung der Neuorganisation mitzuwirken, bereits während der Tagung aufgegriffen hat:
Es wurde eine Arbeitsgruppe West/Ost ins Leben gerufen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, eigene Vorstellungen als Ergänzung zur Arbeitsgruppe OGGiB dem Vorstand zu unterbreiten.
Abschließend ist positiv zu bemerken, daß diese Veranstaltung überhaupt stattgefunden hat, obwohl vieles erst angedacht war, was dort vorgetragen wurde; man wollte jetzt wissen, wie die Basis denkt und wie die Stimmung dort ist. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß die neue Arbeitsgruppe der Abtl. 25 ihren Einfluß bei der weiteren Umorganisation des Hochbaus geltend macht.
Klaus Lieberknecht

O-8016 Dresden (00 51)
I Dipl.-Ing. oec. Müller
D PFA O-9541 Zwickau, LtrA
F (00 74) 80 – 2 08, P (00 74) 78 10 95
II Dipl.-Ing. Starkloff
D Direktion POSTDIENST, RefL 141
F 45 67 – 5 38
III Frau Dr. Leuchte
D Direktion POSTDIENST, RefL 135
F 45 67 – 3 60, P 4 76 15 71
IV K. Nowack
D Direktion POSTDIENST, RefL 140
F 45 67 – 2 64

4000 Düsseldorf 1 (02 11)
I PDir Dipl.-Ing. Näpflein
D FA Duisburg
F (02 03) 3 03 60 00,
P (0 21 59) 5 04 00
II POR Dipl.-Ökonom Weyer
D OPD, PF 99 00
F 6 77–25 70, P (02 01) 25 38 53
III POR Dipl.-Ing. Nolte
D OPD
F 6 77–14 30, P 41 39 30
IV PR Hondza
D OPD, RefL 110/120
F 6 77–11 10

6000 Frankfurt 97 (0 69)
I LtdPDir Dipl.-Ing. Henkel
D FA Eschborn, AV, PF 50 00
6236 Eschborn
F (0 61 96) 4 78–20 00,
P (0 61 74) 2 03–3 33
II PDirn Rüterjans
D PA(V) Hanau
F (0 61 81) 2 91–3 00, P (0 61 72) 4 77 68
III POR Dipl.-Ing. Schramm
D FA 1 Frankfurt, 5 D
F (02 28) 1 81–41 29, P (0 61 02) 1 71 11
IV PORn Weigel-Wegener
D OPD
F 74 40-22 80, P 74 86 96

7800 Freiburg (07 61)
I POR Eberbach
D OPD – Postdient
F 8 80–15 30, P (0 76 64) 84 28
II POR Nägeli
D OPD – Telekom
F 8 80–24 90, P (07 61) 4 67 62
III PORn Barleon
D OPD – Postdient
F 8 80–15 60, P (0 76 65) 71 76
IV POR Schelhas
D OPD – Telekom
F 8 80–24 20, P (0 76 64) 6 01 01

2000 Hamburg 60 (0 40)
I LtdPDir Dipl.-Ing. von dem Busche
D OPD, AbtL 21, 2000 Hamburg 60
F (0 40) 63 88–36 69
II PRn Szyza-Brauer
OPD, RefLn 159, 2000 Hamburg 60
F (0 40) 63 88–33 50
III POR Mandt
D PA (V) Hamburg 3, AbtL
F (0 40) 23 95–34 00
IV OPDir Dipl.-Ing. Fischer
D OPD, RefL 144 A, 2000 Hamburg 60
F (0 40) 63 88–48 10

3000 Hannover 1 (05 11)
/Braunschweig
I LtdPDir Dipl.-Ing. Karl-Heinz Wegmeyer
D FA 1 Hannover, AV, PF 90 11
F (05 11) 3 08–10 00, P (05 11) 61 96 33
II PDirn Irmgard von Funcke
D PA (V) Göttingen, AV, PF 50 00
F (05 51) 49 86–1 00, P (05 51) 7 90 58 68
III PDir Dipl.-Ing. Willi Karl Schirrmacher
D OPD H/BS, RefL 241, PF 80 00
F (05 11) 2 87–24 10, P (0 57 51) 4 24 28
IV POR Dipl.-Volksw. Horst Kunz
D PA (V) Braunschweig, AbtL 11, PF 40 00
F (05 31) 7 09–21 10, P (0 53 02) 28 14

7500 Karlsruhe 1 (07 21)
I POR Dipl.-Ing. Willborn
D OPD, RefL 251, PF 70 00
F 1 32–52 00, P 81 22 26
II LtdPDir Hermann
D FA KA, AV, PF 73 00
F 35 10–70 00, P 88 68 77
III PDir Dipl.-Ing. Mohr
D OPD
F 1 32–22 40, P (0 72 43) 22 25
IV POR Dipl.-Kfm. Tahy
D PA(V) Mannheim
F (06 21) 2 94–72 30, P (0 63 21) 36 85

2300 Kiel 1 (04 31)
I PDir Dipl.-Ing. Dieter Müller
D FA Kiel, 5 B, PF 12 00
F 5 91–23 02, P (04 61) 3 38 44
II PDir Norbert Grünke
D PA (V) AV
F 9 86–60 00, P 33 62 83
III POR Dipl.-Ing. Helmut Kraft
D OPD, PF 11 00
F 9 86–22 10, P (04 61) 6 25 26
IV PR Axel Belz
D OPD
F 9 86–13 10, P 37 37 62

5400 Koblenz (02 61)
I PDir Dipl.-Ing. Freis
D OPD, 131, PF 30 00
F 1 28–13 10, P (0 26 31) 2 08 09
II PDir Dipl.-Ing. Krämer
D OPD, 233
F 1 28–24 50, P (0 26 21) 37 22
III PR z. A. Stadtfeld
D OPD, 152
F 1 28–15 20, P (0 67 47) 86 60
IV PDir Dipl.-Ing. Hering
D OPD, 201
F 1 28–20 10, P (0 26 02) 55 22

5000 Köln 1 (02 21)
I APräs Hoffmann
D OPD, AbtL 14, Pf 10 91 01
F 49 99–14 00, P (0 22 33) 2 21 97
II
III POR Dipl.-Ing. Lamers
D OPD
F 49 99–21 10, P (0 22 38) 5 11 07
IV PR Giersiepen
D OPD
F 49 99–21 10, P (0 22 8) 46 54 74

8000 München 2 (0 89)
I POR Dipl.-Ing. Kraus
D OPD, RefL 201
F 55 88–20 10, P 1 57 89 89
II POR Paul Wachter
D OPD P
F 55 88–15 30
III PR Dipl.-Ing. Appel
D OPD, RefL 253
F 55 88–25 30, P 16 36 27
IV OPDir Dipl.-Ing. Pauli
D FZA AV
F 87 17–2 00, P 1 57 88 88

4400 Münster 1 (02 51)
I PDir Leggewie
D OPD T, RefL 255, PF 10 00
F 3 00–25 50, P 31 18 00
II OPDir Dipl.-Ing. Neuer
D OPD T, RefL 221
F 3 00–22 10, P 3 21 16
III PR Heinemann
D OPD P, RefL 162
F 3 00–16 20, P 24 73 25
IV POR Menning
D OPD 010
F 3 00–10 20, P 32 99 97

8500 Nürnberg 1 (09 11)
I PDir Dipl.-Ing. Unglaub
FA 1 Nbg., PF 10 00 11
F 1 51–60 00, P 8 93 85 84
II PRn Monika Mann
D OPD, RefLn 151, PF 10 00 00
F 10–15 50, P 53 39 52
III POR Victor Mojse
OPD, RefL 155, PF 10 00 00
F 10–15 15, P 68 65 56
IV POR Dipl.-Ing. Bernhard Volland
OPD, RefL 241, PF 10 00 00
F 10–24 10, P 50 34 35

8400 Regensburg 1 (09 41)
I POR Dipl.-Ing. Dammann
D OPD
F 5 05–51 00, P (0 94 91) 32 32
II PDir Dipl.-Ing. Haarer
D OPD
F 5 05–52 50, P 3 10 73
III PDir Dipl.-Ing. Ruhland
D FA
F 7 07–55 00, P 3 33 27
IV PRn z. A. Höllmüller
D OPD
F 5 05–15 40

6600 Saarbrücken 1 (06 81)
I PDir Kammerhoff
D OPD, RefL 33/35, PF 30 10
F 401–53 30, P 81 16 89
II
III
IV POR Dr. Müller
D OPD
F 4 01–54 30, P (0 68 31) 7 85 68

7000 Stuttgart 10 (07 11)
I APräs Nienhaus
D OPD, AbtL 13, PF 10 60 01
F 20 00–22 67, P 69 26 66
II PDir Dipl.-Ing. Seufert
D PA (V) 1
F 20 67-2 01, P (0 71 46) 9 06 13
III POR Dipl.-Ing. Stuchlich
D OPD
F 20 00–20 10, P (0 71 41) 5 45 50
IV PDir Dipl.-Ing. Kämper
D FA Ulm, Donau
F 07 31–1 00–55 00, P (0 73 05) 76 70

Erläuterung:
Postleitzahl OPD ON-Kennzahl

I	1. Vorsitzender	D	Dienstort
II	2. Vorsitzender	PF	Postfach
III	Schriftführer	F	Dienstanschluß
IV	Kassenwart	P	Privatanschluß

Stand: 01. 03. 1991

Änderungen bitte an die Redaktion,
abschriftl. Bundesgeschäftsführer